

zialdemokraten an der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte zu behindern, und keinen Wirth verpflichten, diesen seine Lokale nicht zu überlassen. Zweitens ist das ein Eingriff in das Erwerbsleben der Gastwirthe, drittens ist es eine Verhinderung an der Ausübung gesetzlicher Handlungen, und viertens ist das doch eine Sache, die ihre großen moralischen Bedenken hat, wie ich noch nachweisen werde. Meine Herren! Man kann die Frage stellen: würde denn der Bürgermeister ebenso gehandelt haben, wenn eine konservative, wenn eine antisemitische Versammlung dort stattgefunden hätte? Ich sage: nein, er würde es nicht gemacht haben. Dann hat er auch kein Recht, so lange die Sozialdemokratie nicht außerhalb der Verfassung gestellt ist, dasselbe zu thun gegenüber der Sozialdemokratie. Meine Herren! Wenn die Herren Beamten bis hinauf zum Minister mit den Herren von den sogenannten Ordnungsparteien freundlich verkehren und diese lieber haben als uns Sozialdemokraten, so verdienen wir ihnen das gewiß nicht, das mag jeder mit sich selbst abmachen; aber so lange wir nicht außerhalb des Gesetzes gestellt sind, und das ist nicht der Fall, hat man in Sachsen kein Recht dazu, hat man im Reiche kein Recht, uns schlechter zu behandeln als andere Parteien. Wir verlangen, daß bei der Ausübung der Gesetze und bei der Handhabung der Gesetze seitens der Beamten kein Unterschied gemacht wird. Meine Herren! In Amtshandlungen darf unserer Meinung nach bei den Beamten kein Unterschied in der Person gemacht werden. Ja, meine Herren, wohin kommen wir denn aber bei der gegenwärtigen Handhabung, wenn jeder Bürgermeister, jeder Gemeindevorstand es als seine oberste Pflicht erachtet, den Sozialdemokraten die Abhaltung von Versammlungen und sonstige Maßnahmen unmöglich zu machen? Meine Herren! Dann kommen die Beamten, dann kommen die Gemeindevorstände und Bürgermeister in Widerspruch mit der Mehrheit der Bevölkerung. Meine Herren! Sehen wir uns in der Umgebung von Dresden und anderen großen Städten um, da sind es die Bürgermeister, da sind es die Gemeindevorstände, die nicht den fünften Theil der Bevölkerung hinter sich haben, die mit ihren Maßnahmen, mit ihren politischen Maßnahmen zufrieden sind. Ja, meine Herren, man sagt so oft: die Sozialdemokraten heizen gegen die Behörden; aber diese geben dazu selbst die Veranlassung, sie rufen unsere Kritik heraus. Wenn fortgesetzt die Gemeindevorstände so handeln, dann sagt man: die Beamten, die Gemeindevorstände und Bürgermeister sind nur Diener der besitzenden Parteien, sie unterdrücken die anderen. Nun, eine solche Handlung, das Abtreiben von Lokalen

ist ja auch eine Wahlbeeinflussung. Ich glaube ja nicht, daß ich im achten Wahlkreise unterliegen werde gegen den Antisemiten Lohse. Ist dies aber Fall, so werde ich diese Saalabtreiberei als Grund zum Proteste gegen die Wahl benutzen. Meine Herren! Die Sache ist ja ziemlich allgemein bekannt, wie es gemacht wird: wir suchen uns ein Lokal, wir haben ein Bedürfniß, Versammlungen abzuhalten, die Wirthe sagen: ja, wenn wir keine Schwierigkeiten mit den Behörden hätten, herzlich gern; aber wenn wir unseren Saal hergeben, Sie glauben gar nicht, was da alles rausgesucht wird. Der Saal muß zunächst zwei Ausgänge haben. Bisher konnten konservative Versammlungen oder Versammlungen des Bundes der Landwirthe abgehalten werden; es konnten Vereinsvergüngen oder öffentlicher Tanz abgehalten werden; da genügte ein Ausgang; aber sobald Sozialdemokraten eine Versammlung abhalten, so muß ein zweiter Ausgang vorhanden sein. Es müssen auch die Treppen vielfach breiter sein, da wird sogleich ausgemessen. Bisher sind die dicken Landwirthe herauf und herunter gegangen, da hatte es gar keine Gefahr,

(Heiterkeit.)

also nun kommen die halbverhungerten Arbeiter.

(Lebhafter Widerspruch und Unruhe.)

Ja, meine Herren, bei jeder kleinen Uebertretung, sagen die Wirthe, sind wir sofort daran, die Bewilligung von Extramusik seitens der Amtshauptmannschaft, wie sie andere Wirthe bekommen, bekommen wir nicht mehr zu sehen. Meine Herren! Wir haben ja die Vorgänge mit der „rothen Schänke“ gehabt. Was sind das für Maßnahmen, die der Amtshauptmann Schmidt getroffen hat, die gar nicht zu rechtfertigen sind, wo die Parteinahme ganz klar zu Tage trat! Ich erinnere ferner an die Maßnahmen des Bürgermeisters Ebeling in Meerane, der auch die Wirthe zu sich bestellt hat, der der Feuerwehr verbot, den anderen Vereinen verbot, ihre Vergüngen dort abzuhalten, wo die Sozialdemokraten vorher eine Versammlung gehabt hatten. Und, meine Herren, sofort folgt das Militärverbot auf eine sozialdemokratische Versammlung. Nun, meine Herren, das ist ja Sache der Militärverwaltung; aber wenn die Behörden, wie wiederholt festgestellt worden ist, sich dazu hergeben, durch solche Maßnahmen die Wirthe davon abzuhalten suchen, uns ihre Säle zur Verfügung zu stellen, meine Herren, so ruft das unseren berechtigten Widerspruch hervor. Meine Herren! Als uns der Saal zur Verfügung gestellt worden war, kam auch sofort nach Hohnstein von dem Bunde der sächsischen